



## Newsletter

*September 2017*

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Sommerpause des Europaparlaments war für mich nicht nur geprägt durch Termine im Rahmen des Bundestagswahlkampfes, sondern auch durch die überraschende Wende der Mehrheitsverhältnisse im niedersächsischen Landtag und die dadurch vom Januar auf den 15. Oktober vorgezogenen Landtagswahlen. Das bedeutet für meinen kleinen Ortsverband Wennigsen zunächst Wahlkampf nonstop, aber dafür dann auch Aussicht auf eine ruhigere Advents- und Weihnachtszeit. Am 15. Oktober wird übrigens auch bei unseren österreichischen Nachbarn gewählt.

Die Arbeit in Brüssel startete nach der Pause gleich mit einer Fülle paralleler Ausschusssitzungen und Gesetzesverhandlungen, bis Ende des Jahres unter der Ratspräsidentschaft von Estland. In der Straßburger Plenarwoche beschäftigten uns u.a. der Eier-Skandal, die Klage gegen die Slowakei wegen Nichterfüllung der schon sehr gering angesetzten Quote zur Aufnahme von Flüchtlingen, ein Update der BREXIT-Verhandlungen und die turnusmäßige Rede des Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zur „Lage der Union“. Dieses Mal gab es gleich 2 Einstimmungen, denn auch Parlamentspräsident Antonio Tajani gab seinen – wenn auch wesentlich kürzeren – Ausblick auf die Zukunft Europas.

Viel Freude beim Lesen!

# *Inhalt*

## **I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen**

State of the Union	Seite 3
ETS für Luftfahrt: Globale Lösung ist der einzige Weg, EU-Ansatz muss endgültig beendet werden (Redebeitrag)	Seite 3
Fipronil – der „Eier-Skandal“	Seite 4
„Dieselgate“ – versuchter Abgesang auf die Dieselsechnologie (Redebeitrag)	Seite 4
Istanbul Convention – keine Gewalt gegen Frauen (Redebeitrag)	Seite 5
Entschließungsantrag zum Walfang in Norwegen	Seite 5
Wälder und Klimawandel: Reduzierung von CO2 in der Forstwirtschaft	Seite 5
Eine wettbewerbsfähige Weltraumwirtschaft ist eine Chance für Europa	Seite 6
Kostenloses Internet im ländlichen Raum beschleunigt die digitale Wende	Seite 6
Mehrjahresplan für die Fischerei in der Nordsee	Seite 7

## **II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg**

Brexit – ein Überblick	Seite 8
Unverbindliche Energieeffizienzziele	Seite 8
International Ocean Governance	Seite 8
Forderung nach verpflichtenden Ladestationen für Elektroautos bei Gebäuden geht eindeutig zu weit	Seite 9
ALDE-Seminar zu selbstfahrenden Schiffen	Seite 9
Sperrung der Rheintalstrecke zwischen Rastatt und Baden-Baden	Seite 10
Vertiefung der deutsch-französischen Freundschaft durch Macron?	Seite 10

## **III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"**

Bodenseetour: Blaufelchen, altes Getreide und Truthahnfolie	Seite 11
Gewaltprävention für geflüchtete Frauen, Kinder und Migrantinnen	Seite 12

## **IV. Terminvorschau**

## *I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen*

### **State of the Union**

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker machte in seiner diesjährigen mit Spannung erwarteten Rede zur „Lage der Union“ fünf Vorschläge, um ein noch stärkeres und demokratischeres Europa zu schaffen.

Er forderte weitere Freihandelsabkommen der EU unter anderem mit Mexiko, Australien und Neuseeland, Investitionen in innovative Produkte für eine stärkere wettbewerbsfähigere Wirtschaft sowie, dass sich Europa an vorderster Front gegen den Klimawandel engagiert. Im Kampf gegen terroristische Propaganda und Cyberangriffe schlug er die Errichtung einer europäischen Internetsicherheitsagentur vor. In Bezug auf die Zuwanderung betonte er unter anderem die Notwendigkeit eines legalen Migrationssystems mit einer europäischen Bluecard – wäre es nach der Mehrheit des Europaparlaments gegangen, hätten wir das längst, die Mitgliedstaaten haben das leider blockiert.

Junckers wie er es nennt „persönlichem, sechsten Szenario“ liegen die Gedanken der Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit zugrunde, auch der Solidarität zwischen dem Westen und dem Osten Europas. Wörtlich sagte er: „Wir müssen mit beiden Lungenflügeln atmen, dem rechten und dem linken, sonst gerät Europa in Atemnot.“ Er will den Euro auch in den ärmeren Ost-Ländern einführen. Auch sprach er sich für eine inklusivere EU hinsichtlich eines Beitritts Rumäniens und Bulgariens (bei Erfüllung der Kriterien auch Kroatiens) zum Schengen-Raum aus. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei hält er dagegen auf absehbare Zeit für ausgeschlossen.

Ihm schwebt außerdem eine weitere neue Behörde, zuständig für den europäischen Arbeitsmarkt, vor - er nennt es verrückt, dass es demgegenüber schon seit Jahren eine europäische Bankenbehörde gibt. Ich kann einer EU-Arbeitsmarktbehörde wenig abgewinnen, eher schon dem auch von ihm vorgeschlagenen EU-Finanzminister in Personalunion mit dem gegenwärtig für Finanzen zuständigen Kommissar. Bezüglich des Austritts Großbritanniens aus der EU lautet Junckers Botschaft „Brexit ist nicht alles“, auch wenn der 29. März 2019 ein für die EU und Großbritannien trauriger Tag werde.

Bei der Umsetzung der Ideen fordert er Mut und Kühnheit, aber auch Geduld und Kompromissbereitschaft - und vor allem, dass der innerhalb des letzten Jahres gewonnene Schwung, die „Gunst der Stunde“, dazu genutzt wird.

Diesem „Now or never“ bei Visionen und Ambitionen schließt sich Guy Verhofstadt, Vorsitzender meiner ALDE-Fraktion, an. Dazu gehöre für ihn zum Beispiel, das Dubliner Übereinkommen durch eine neue Regelung abzulösen und eine europäische Demokratie mit einer transnationalen Liste zu schaffen.

Während einige rechte Abgeordnete ein zentralistisches und undemokratisches Europa kritisierten und Grüne und Linke von Juncker gerne mehr zum Klimaschutz gehört hätten, überwog insgesamt auch bei den Vorsitzenden der übrigen Fraktionen die Zustimmung zu dieser optimistischen zukunftsgerichteten Rede.

### **ETS für Luftfahrt: Globale Lösung ist der einzige Weg, EU-Ansatz muss endgültig beendet werden (Redebeitrag)**

Der Flugverkehr zwischen Drittstaaten und der EU soll erneut bis 2021 aus dem Emissionszertifikate-Handel (ETS) ausgenommen werden. Bis dahin soll das weltweite System zur Emissionsreduzierung im Flugverkehr ‚CORSIA‘ eingeführt werden. Diese Regelung wurde am Mittwoch vom Plenum des Europäischen Parlaments verabschiedet. Leider greift der Ansatz zu kurz. Flugverkehr ist global, deshalb muss es auch Ziel sein, ein einziges System weltweit zur Reduzierung von Treibhausgasen einzuführen. CORSIA soll den Europäischen Emissionshandel für den Luftverkehr ablösen. Die Aussetzung jetzt nur bis 2021 zu begrenzen halte ich für nicht zielführend. Das sorgt nur für Unmut bei den Verhandlungspartnern bei der internationalen Luftfahrtorganisation ICAO. Sollte es bei der Umsetzung zu Verzögerungen kommen und CORSIA nicht ab 2021 voll funktionsfähig sein, würde das ETS vollumfänglich für Flüge von und nach Drittstaaten gelten. Die Befürworter der zeitlichen Begrenzung argumentieren, dass so Druck auf die ICAO ausgeübt werden soll, damit das System schneller Anwendung findet. Dass Drittstaaten sich aber nicht durch die EU unter Druck setzen lassen und Gegenmaßnahmen parat halten, haben wir bereits 2012 gesehen. Damals hatte die Kommission kleinlaut weichen müssen, da z.B. China gedroht hatte, Bestellungen bei Airbus zu streichen, Russland

Europäischen Fluggesellschaften verbieten wollte, ihr Terrain zu überfliegen und die USA ihren Fluggesellschaften per Gesetz untersagt hat, am ETS teilzunehmen – ein außenpolitisches Debakel. Seitdem findet der Emissionshandel nur für Flüge innerhalb der EU Anwendung. Aber auch dies sollte durch das globale System abgelöst werden, denn weltweite Emissionseinsparung hilft dem Klima am meisten.

Für den Zeitraum nach 2021 verabschiedete das Plenum mehrheitlich auch Forderungen für Flüge innerhalb Europas, zum Beispiel, dass der sogenannte lineare Korrekturfaktor Anwendung findet, der die Zertifikate-Menge reduziert. Ein europäisches System zusätzlich zu einem internationalen System führt aber zum Nachteil Europäischer Fluggesellschaften. Beide Systeme sind zudem nicht kompatibel. Der einzig effektive Weg ist aus meiner Sicht ein globales System ab 2021, wie von der ICAO geplant.

Die Kommission hatte 2012 die Einbeziehung der Drittstaaten auf Grund des Drucks aus Drittstaaten ausgesetzt, um ein globales System der ICAO einzuführen. Der Entwurf wird nun mit den Mitgliedsstaaten verhandelt.

### **Fipronil – der „Eier-Skandal“**

In einer Sondersitzung des Umweltausschusses nahm Andriukaitis, lithauischer Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stellung zum Fipronil-Skandal. Dabei schilderte er den genauen Ablauf der Geschehnisse während der Sommerpause sowie die einzelnen Maßnahmen, die die Kommission ergriffen bzw. geplant hat.

In den anschließenden Kommentaren der Parlamentsmitglieder wurde mehrfach kritisiert, dass die Kommission erst viel zu spät aktiv geworden sei. In der Tat liegt viel Zeit zwischen der Entnahme der ersten Stichproben im September 2016 und der Notifizierung der Kommission am 20. Juli 2017. Allerdings hat die Kommission ab diesem Zeitpunkt sofort gehandelt, sodass ich mich der Kritik nicht anschließen möchte. Vielmehr verzögerte Belgien, indem es zunächst einen „normalen“ und keinen von der Kommission koordinierten Fall einreichte, dessen Adressat nun eben nicht die Kommission ist, den Prozess.

Einige linke Abgeordnete forderten ein vollständiges Verbot von Fipronil. Dem muss ich widersprechen. Ich halte die bestehende gesetzliche Regelung, die den Einsatz von Fipronil in Geflügelbetrieben verbietet, für völlig ausreichend. Denn an anderer Stelle, beispielsweise zur Milbenbekämpfung bei Haustieren, kann der Stoff unproblematisch verwendet werden, da dabei nicht die Gefahr droht, dass er in die Nahrungskette gelangt. Dort auf ihn zu verzichten, wäre vielmehr mit neuen Gefahren verbunden. Ein vollständiges Verbot schösse somit über das verfolgte Ziel hinaus und wäre sogar schädlich. Dass es trotzdem zu dem Skandal kommen konnte, d.h. Betriebe illegal Fipronil auch in Geflügelbetrieben einsetzen, heißt also nicht, dass die gesetzlichen Regelungen verbesserungsbedürftig sind, sondern allenfalls die Kontrollmechanismen und die Zusammenarbeit der nationalen Behörden.

Der Kommissar betonte mehrfach, dass zu keiner Zeit eine Gesundheitsgefahr für Verbraucher bestand, da dazu Mengen an Fipronil eingenommen werden müssten, die sich durch normalen Konsum an Hühnerprodukten faktisch nicht erreichen lassen. Ich finde, das sollte man bei der gesamten Debatte nicht aus den Augen verlieren.

### **„Dieselgate“ - versuchter Abgang auf die Dieselsechnologie (Redebeitrag)**

Die Dieselsechnologie wurde bei uns eingesetzt, um die selbstgesteckten Ziele zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen, denn allein mit dem Verbrennungsmotor war dies nicht möglich. An andere Emissionen wie Stickoxide hat man dabei nicht gedacht. Mittlerweile gibt es seit fast 10 Jahren schon ein europäisches Gesetz mit Vorgaben für Partikel wie Nox, an die sich allerdings niemand der Unterzeichner gehalten hat – weder die EU-Kommission noch die Regierungen der Mitgliedsstaaten noch die Autoindustrie. Der „Dieselskandal“ von VW in den USA war dann wie ein Weckruf, der öffentlich machte, wie hoch die wirklichen Emissionen im Straßenverkehr sind. Mittlerweile werden Tests zur Abgasmessung im realen Gebrauch auf der Straße, die sogenannten „Real-driving-emissions“, eingeführt. Dass die gesamte Dieselsechnologie deswegen in Verruf gekommen ist und Fahrverbote erwogen werden, ist weit über das Ziel hinausgeschossen.

Einig war man sich bei der von den Grünen beantragten Plenardebatte in Straßburg zum „Dieselgate“ und manipulierter Software, dass es sich um einen Skandal für Umwelt, Politik und Verbraucher handelt. Die Forderungen dagegen waren vielfältig: sie reichten von abschreckenden Strafen für die Automobilindustrie, einer besseren Marktaufsicht, besserer Rechtsdurchsetzung durch die Einführung von Sammelklagen und Klagerechten für NGOs, neuen Leitlinien der Kommission für Hard- und Software bis hin zu Fahrverboten in Innenstädten, einem vollständigen Verbot des Verbrennungsmotors und einer konsequenten Wende zur E-Mobilität.

Ich hingegen denke, dass sich viel Verbesserung bereits durch intelligente Verkehrslösungen erreichen ließe. Staus verursachen in Europa täglich einen wirtschaftlichen Verlust von 1 Milliarde € und natürlich auch viele Emissionen. Auch E-Mobilität ist dann negativ belastet, wenn man bedenkt, dass der Kobaltabbau im Kongo für Batterien zum Teil in Kinderarbeit erfolgt. Die Lösung liegt in einem Technologie-offenen Mix moderner umweltfreundlicherer Antriebe bei Einhaltung der beschlossenen Grenzwerte.

### **Istanbul Convention – Keine Gewalt gegen Frauen (Redebeitrag)**

In Straßburg fand eine Aussprache zum Beitritt der EU zur Istanbul Convention, dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, statt. Die beiden Berichterstatterinnen D'Allones Bonnefoy und Corazza Bildt unterstrichen die Bedeutung der Konvention als erstes rechtsverbindliches Übereinkommen dieser Art. Auch ich möchte, wie viele Parlamentsmitglieder in der Aussprache es getan haben, dazu aufrufen, dass möglichst viele Mitgliedstaaten es ratifizieren. Wie meine Kollegin von der ALDE, die Wienerin Angelika Mlinar, betonte, sind Frauenrechte niemals selbstverständlich. Das zeigen die zahlreichen Berichte über Gewalt gegen Frauen, nicht bloß in Familien, nicht bloß in bestimmten Kulturkreisen, sondern gesellschaftsübergreifend. Als umfassendes Übereinkommen regelt die Konvention teilweise auch Bereiche, die streng genommen in den Kompetenzbereich der Mitgliedstaaten fallen. Das sehe ich aber nicht als Grund an, sie nicht zu ratifizieren. Vielmehr setzt die Konvention ein Zeichen für Frauen, und damit für die Hälfte der Gesellschaft, das es zu unterstützen gilt.

In meinem Redebeitrag berichtete ich von dem deutschen Projekt zur Gewaltprävention bei geflüchteten Frauen, Kindern und Migrantinnen. Dazu später mehr.

### **Entschließungsantrag zum Walfang in Norwegen**

Das Europäische Parlament hat am vergangenen Dienstag mit überwältigender Mehrheit Norwegen aufgefordert, kommerziellen Walfang zu beenden und staatliche Subventionen für den Wirtschaftszweig einzustellen. Auch forderten die Europaabgeordneten die Europäische Kommission dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, dass kein Walfleisch mehr durch europäische Häfen ein- und ausgeführt werden darf. Teile des in Norwegen gefangenen Walfleisches werden trotz bestehender Verbote international exportiert, insbesondere nach Japan. Damit schickt das Europäische Parlament direkt im Anschluss an die Parlamentswahl am vergangenen Sonntag ein Signal an die künftige Regierung in Oslo, die international weitgehend geächtete Praxis eines kommerziellen Walfangs möglichst schnell zu beenden. Mit Norwegen, Japan und Island betreiben nur noch wenige Länder trotz des Verbots der Internationalen Walfangkommission (IWC) von 1986 weiterhin kommerziellen Walfang, indem sie sich Ausnahmeregelungen zu Nutze machen. Während in der Öffentlichkeit oftmals Japan im Vordergrund steht, ist aber Norwegen die größte Walfangnation und fängt mehr Tiere als die beiden anderen Ländern zusammen.

### **Wälder und Klimawandel: Reduzierung von CO2 in der Forstwirtschaft**

Über das Thema „LULUCF“ (Land-Use, Land-Use-Change and Forestry) berichtete ich bereits. Ich habe mich bei der Diskussion dafür eingesetzt, dass das Potenzial der Wälder zur Eindämmung des Klimawandels genutzt werden soll, andererseits nicht zusätzliche bürokratische Hürden für Waldbesitzer geschaffen oder in die Bewirtschaftung von Privatwald eingegriffen wird.

Die Forst-Referenzwerte konnten zwar im Sinne eines Kompromisses nicht ganz den Mitgliedsstaaten überlassen werden, es ist aber gelungen, sie im Vergleich zum Kommissionsvorschlag auf einen

wesentlich aktuelleren Zeitraum anzupassen (2000-2012). Der angenommene Vorschlag ist flexibel genug, um die regionalen Gegebenheiten europäischer Wälder zu berücksichtigen.

Mit dem heute abgestimmten Ergebnis können nun die Verhandlungen mit dem Rat im Trilog aufgenommen werden.

### **Eine wettbewerbsfähige Weltraumwirtschaft ist eine Chance für Europa (ALDE-Berichterstatterin)**

Der europäische Weltraumsektor ist im Aufwind. Raumfahrtprogramme und die damit verbundenen Dienstleistungen sind in unterschiedlichen Bereichen entscheidend, unter anderem zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Unterstützung der Grenz- und Seeüberwachung, zur Gewährleistung der Sicherheit kritischer Energieinfrastrukturen, aber auch um Telekommunikation, moderne Landwirtschaft und Fischerei zu ermöglichen. Die entsprechende Mitteilung der Kommission ‚Eine Weltraumstrategie für Europa‘ bestätigte diese Woche das Plenum des Europäischen Parlaments durch einen Eigeninitiativbericht. Er unterstützt das Engagement der Kommission, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteile des Weltraums zu maximieren, den Einsatz von Weltraumtechnologien zu erhöhen, und die Rolle Europas in dem Bereich zu stärken.

Ganz besonders wichtig sind Weltraumtechnologien für die Verkehrsbranche, wenn es darum geht, Land-, See-, Luft- und Raumverkehr intelligenter, integrierter, sicherer und nachhaltiger zu gestalten. Das haben wir auch in der Stellungnahme des Verkehrsausschusses, für die ich Berichterstatterin war, zur Geltung gebracht. Durch Satellitendaten und Geolokalisierung gibt es viele neue Innovationsmöglichkeiten in den Bereichen Sicherheit, Umwelteffizienz, Datenstreaming, Navigation, Such- und Rettungsdienste sowie Verkehrsüberwachung und -management. Bedeutend sind die Weltraumtechnologie- und Dienstleistungen auch für die Gestaltung und Betreibung einer umfassenden und internationalen Meerespolitik.

Allerdings ist die Erfüllung dieses Potentials immer noch sehr abhängig von Forschung und Innovation, weshalb es wichtig ist, die EU-Forschungsrahmenprogramme Weltraumforschung zu fördern und die Beteiligung von KMU und Start-ups an Weltraumaktivitäten und weltraumbezogener Forschung anzuregen. Außerdem brauchen wir einen wettbewerbsfähigen europäischen Raumfahrtsektor, unter anderem durch eine erhöhte Nutzung der existierenden EU-Weltraumprogramme Galileo, EGNOS und Copernicus.

### **Kostenloses Internet im ländlichen Raum beschleunigt die digitale Wende**

6000 bis 8000 Gemeinden in der EU sollen in den nächsten drei Jahren kostenfreien, öffentlichen Internetzugang über Funk anbieten. Dies wird von der EU mit geplanten 120 Millionen Euro gefördert. Den entsprechenden Vorschlag der Kommission bestätigte heute das Plenum des Europäischen Parlaments. 120 Millionen Euro sind nicht viel, aber ein erster Schritt, um die Vernetzung im ländlichen Raum und die digitale Wende in Europa voranzutreiben. Die Verordnung rückt die Digitalisierung in den Vordergrund. Durch kostenlosen Internetzugang in Rathäusern, Parks, Krankenhäusern oder Bibliotheken werden kleine Kommunen ermutigt, mehr digitale Leistungen wie zum Beispiel E-Verwaltung oder E-Gesundheit anzubieten und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft anzukurbeln. Davon sollen vor allem der ländliche Raum und abgelegene Gemeinden profitieren.

Wichtig ist, dass diese Initiative zu keiner Dauerfinanzierung wird, sondern einen Anreiz für mehr Investitionen in die Entwicklung von WLAN im ländlichen Raum schafft, auch um die digitale Kluft zu überwinden. Allerdings ist ein hochleistungsfähiges Breitbandnetz Voraussetzung für den Erfolg dieser Initiative, und davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt.

Die Initiative ist Teil der Überarbeitung der EU-Telekommunikationsregeln einschließlich neuer Maßnahmen, um den wachsenden Bedarf nach schnellem Internetzugang zu decken und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken. Kommunalbehörden in Regionen, in denen ein ähnliches öffentliches oder privates Angebot noch nicht existiert und die öffentliches WLAN anbieten möchten, können sich über einen einfachen und unbürokratischen Prozess bewerben. Zuschüsse sollen die Anschaffung von notwendiger Technik erleichtern, während die laufenden Kosten von den Kommunen getragen werden sollen.

An welchen Orten WLAN ausgebaut werden soll können die Kommunen dann selbst entscheiden. Außerdem wird darauf geachtet, dass die Vergabe geografisch ausgewogen ist und auch besonders entlegene Regionen berücksichtigt werden. Die ersten Ausschreibungen sollen Ende 2017 oder Anfang 2018 veröffentlicht werden.

### **Mehrjahresplan für die Fischerei in der Nordsee**

In Straßburg stand die zukünftige Bewirtschaftung von rund 70 Prozent der Nordseefänge auf der Tagesordnung. Die Abstimmung über den sogenannten Mehrjahresplan zur Bewirtschaftung der Nordseebestände wurde ein ganz klares Votum für eine konsequente Umsetzung der im vergangenen Mandat beschlossenen Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP). Nach dem Mehrjahresplan für die Ostsee gelang es insbesondere durch den Einsatz meiner liberalen ALDE-Fraktion, für die Parlamentsposition Fangquoten festzusetzen, die eine dauerhafte und nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände der Nordsee sicherstellen. Damit stattete das Plenum die Berichterstatterin Ulrike Rodust aus Schleswig-Holstein mit einem sehr starken Verhandlungsmandat für die anstehenden Gespräche mit dem Europäischen Rat im Trilog aus. Traditionell versuchen die Mitgliedsstaaten dann für die verschiedenen Fischarten höhere Fangquoten auszuhandeln, weshalb eine ambitionierte Parlamentsposition so wichtig ist.

Die Bedeutung des Abstimmungsergebnisses reicht aber über die Nordsee hinaus. Sollte sich die heutige Ausrichtung in den anstehenden Verhandlungen verteidigen lassen, hat das eine Signalwirkung auf die kommenden Mehrjahrespläne für die hinsichtlich einer Überfischung besonders problematischen Meere Europas, den Atlantik und das Mittelmeer. Gleichzeitig kann so noch vor dem Brexit eine deutliche europäische Position gefunden werden, die dann Teil der Verhandlungen für eine zukünftige Bewirtschaftung der Nordsee nach dem Austritt Großbritanniens sein wird, da die Regelungen auch Vorgaben für Drittstaaten wie Norwegen und dementsprechend in Zukunft auch das Vereinigte Königreich enthalten.

## ***II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg***

### **Brexit – ein Überblick**

Zehntausende protestierten am Wochenende im Londoner Regierungsviertel gegen den Brexit. Dennoch wurde diesen Montag mit einer klaren Mehrheit vom britischen Unterhaus das Gesetz angenommen, welches die Geltung von EU-Recht in Großbritannien nach dem Brexit beenden soll und die Übertragung von mehr als 12.000 EU-Vorschriften aus allen Lebensbereichen in nationales Recht vorsieht.

Doch der Weg bis zum Ausstieg Großbritanniens aus der EU ist noch lang. Auch nach drei Verhandlungsrunden sind die „Scheidungs“-Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, sodass mit „Phase 2“, den Gesprächen über die künftigen Beziehungen noch lange nicht begonnen werden kann. Dabei müsste zwischen der EU und Großbritannien in etwa einem Jahr eine Einigung vorliegen, wenn diese bis März 2019 ratifiziert sein soll. Momentan erscheint jedoch sogar ein Scheitern der Verhandlungen möglich. Folge wäre ein unregelmäßiges Ausscheiden Großbritanniens aus der EU – mit unüberschaubaren Folgen für beide Seiten. So dringt die Regierung in London darauf, mit häufigeren Verhandlungsrunden den Stillstand zu überwinden, wofür sich auch Brüssel offen zeigt.

Guy Verhofstadt, der Vorsitzende meiner ALDE-Fraktion, welcher vor einem Jahr zum Chefunterhändler des Europäischen Parlaments für die Austrittsverhandlungen ernannt wurde, hob in der letzten Fraktionssitzung hervor, welche drei Grundsatzfragen es nun vor allem zu klären gelte: die nach künftigen Rechten von EU-Bürgern in Großbritannien und Briten in der EU, die nach finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber der EU sowie die Zukunft der nordirischen Grenze. Gerade letztere wird zum Teil als wegweisend für das künftige wirtschaftliche Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien angesehen.

### **Unverbindliche Energieeffizienzziele**

Das Einsparen von Energie ist sinnvoll und trägt zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei. Deshalb unterstützten wir auch den Kommissionsvorschlag für eine Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie, um Europa bis 2030 energieeffizienter zu machen. Allerdings kritisiert die FDP im Europäischen Parlament seit langem, dass wir zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bereits das Instrument des Emissionshandels haben. Ein zusätzliches verbindliches Ziel zur Energie-Effizienz könnte kontraproduktiv sein und Zielkonflikte verursachen. So können unrealistische Ziele dazu führen, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Anforderungen rechtzeitig zu erfüllen, diese aber nicht nachhaltig sind. Im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz würde dies dem eigentlichen Ziel, unsere Wirtschaft in jedem Sinne nachhaltiger zu machen, nur schaden. Deshalb fordern wir ein unverbindliches Ziel von 30 Prozent.

Darüber hinaus setzt Effizienz stets Verbrauch und Leistung ins Verhältnis. Der Kommissionsvorschlag aber beschränkt sich auf eine Verbrauchsminderung. Wachstum und Innovation werden dabei außen vor gelassen. Wachstum sollte durch klimapolitische Ziele nicht in diesem Maße eingeschränkt werden. Deshalb habe ich im federführenden Industrieausschuss entsprechende Änderungsvorschläge eingebracht. Der Umweltausschuss hat sich bei der Abstimmung in der vergangenen Woche für ein verbindliches Ziel von 40 Prozent und zusätzlich nationale Ziele für die Mitgliedsstaaten ausgesprochen. Das lehnt die FDP ab. Zudem würden die Mitgliedsstaaten im Rat dieser Forderung zu Recht sowieso nicht zustimmen.

### **International Ocean Governance (ALDE-Berichterstatteerin im ENVI und TRAN)**

Derzeit wird sowohl im Transport- (TRAN) als auch im Umweltausschuss (ENVI) über einen Initiativbericht zur Internationalen Meerespolitik diskutiert. Dabei geht es darum, wie sich die Europäische Union auf der globalen Bühne mit ihren Erfolgen in der Meerespolitik einbringen kann. Seit seiner Vorstellung 2007 hat die EU mit dem sektorenübergreifenden ganzheitlichen Ansatz der Integrierten Meerespolitik (IMP) erhebliche Erfolge feiern können. Allerdings bleiben die Herausforderungen einer nachhaltigen Nutzung der Meere erheblich, wie das zunehmende Problem der Verschmutzung der Ozeane durch Plastik zeigt. Ein effektives Management in den nationalen Hoheitsgewässern ist bereits eine große Herausforderung.



Eine grenzübergreifende Zusammenarbeit in den europäischen Meeresbecken, insbesondere dem Mittelmeer mit seinen vielen Anrainerstaaten, gestaltet sich noch schwieriger. Eine fast unlösbare Herausforderung stellen aber die rund 60 Prozent der Ozeane dar, die sich außerhalb der nationalen Hoheitsgebiete befinden und damit eine gemeinsame Ressource darstellen. Verschmutzung durch gigantische Müllstrudel sind hier genauso ein Problem wie Überfischung, aber auch die Regulierung des Abbaus von Rohstoffen, etwa durch den sich zunehmend entwickelnden Tiefseebergbau. Zwar gibt es bereits eine Vielzahl von Regelungen, wie das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), oder Institutionen wie die internationale Meeresbodenbehörde (ISA) sowie die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO). Allerdings zeigt die Erfahrung, dass ein ambitioniertes Management auf internationaler Ebene, erst recht für internationale Gewässer, zwar erstrebenswert, aber sehr problematisch und langwierig ist. Hier kann die EU als Akteur einen wichtigen Beitrag leisten, um mit europäischen Maßstäben internationale Standards zu setzen. Deswegen wird in dem Bericht einerseits diskutiert, wo in Europa noch Handlungsbedarf besteht, um dann andererseits auf internationale Ebene ein Beispiel setzen zu können. Als Schattenberichterstatterin in beiden Ausschüssen begleite ich die Verhandlungen über einen ambitionierten Bericht besonders intensiv. Für mich steht dabei eine umfassende Strategie zur Bekämpfung der Verschmutzung der Meere, insbesondere durch Plastikmüll, und die internationale Einführung einer maritimen Raumplanung, wie sie in Europa seit 2014 vorgeschrieben ist, im Vordergrund sowie die Ausstattung der Europäischen Kommission mit einem umfangreicheren Mandat auf globaler Ebene.

### **Forderung nach verpflichtenden Ladestationen für Elektroautos bei Gebäuden geht eindeutig zu weit**

Die EU-Kommission sieht in ihrem Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie für Energie-Effizienz von Gebäuden unter anderem vor, jedes kommerzielle Gebäude und jedes Wohnhaus, an dem größere Renovierungsarbeiten vorgenommen werden, bei mehr als 10 Parkplätzen, verpflichtend mit einer Ladestation für Elektroautos auszustatten. Als Liberale lehne ich diesen Vorschlag eindeutig ab. Obwohl ich die Förderung von Elektro-Mobilität als eines von vielen Fortbewegungsmittel unterstützte, halte es nicht für richtig, einem Hauseigentümer in diesem Maße etwas vorzuschreiben. Für welche Antriebstechnologie sich ein Autofahrer entscheidet, bleibt ihm selbst überlassen, weshalb auch entsprechende Ladestationen nicht vorgeschrieben werden sollten. Eine solche Verpflichtung würde darüber hinaus auf Unverständnis stoßen und reguliert viel zu weit in die Entscheidungsfreiheit der Bürger hinein.

Bei der Abstimmung letzte Woche im Umweltausschuss wurde diese Forderung auch auf meine Initiative hin insoweit abgeschwächt, dass sie einerseits nur noch Gebäude betreffen, die nicht bewohnt werden. Andererseits müssen diese nicht mit einer Ladestation als solcher versehen werden, sondern nur noch beim Neubau oder bei der Renovierung mit den entsprechenden Kabelschächten ausgestattet werden.

### **ALDE-Seminar zu selbstfahrenden Schiffen**

Die Entwicklung von selbstfahrenden Autos ist in aller Munde. Wir kennen auch U-Bahnen, die ohne Fahrer unterwegs sind. Doch über automatisiertes Fahren von Schiffen hört man wenig. Deswegen haben meine liberalen Kollegen letzte Woche im Transportausschuss ein paar Experten zu dem Thema ins Parlament eingeladen. Gerade Binnenschiffe könnten sich z.B. in Kanälen mit Sensoren am Ufern orientieren. In Norwegen wird nun das erste Schiff gebaut, das ohne Crew völlig autonom 60 km durch einen Fjord fahren soll. Es navigiert mit Hilfe von GPS, Radar-, Kamera- und Sensorsystemen und soll Düngemittel von einer Fabrik zum Hafen von Larvik im Süden Norwegens transportieren. Gesteuert wird alles von einer Einsatzzentrale an Land. Man erwartet, dass sich solche vollautomatisierten Schiffe eher für kurze oder küstennahe Strecken lohnen. Dann kann man zur Not schnell einen Techniker an Bord schicken, wenn die Systeme nicht richtig funktionieren. Auch braucht man stabile und leistungsfähige Datenverbindungen, um Schiffe aus der Entfernung steuern zu können.

## **Sperrung der Rheintalstrecke zwischen Rastatt und Baden-Baden**

Am 12. August musste der Zugverkehr auf der sogenannten Rheintalstrecke zwischen Karlsruhe und Basel abrupt gestoppt werden. Wegen Bauarbeiten an einem Bahntunnel sind bei Rastatt die Gleise eingesunken. Bei den Bohrungen für den neuen Tunnel, der direkt unter den Gleisen verlaufen soll, hat der Boden nachgegeben, es kam zu einem Erdbeben und Wassereintritt. Die Arbeiten für die Stabilisierung des Tunnels und der Gleise sind kompliziert und man geht davon aus, dass die Strecke bis in den Oktober hinein geschlossen bleibt.

Das ist natürlich sehr ärgerlich für alle Reisenden. Bahnkunden müssen in Baden-Baden beziehungsweise in Rastatt in Busse umsteigen und können erst nach der Baustelle mit dem Zug weiterfahren. Wenn alles gut läuft, verzögert sich die Reise derzeit um circa eine Stunde. Noch schlimmer als die Passagiere trifft die Sperrung allerdings den Güterverkehr. Die Rheintalstrecke ist eine der Hauptverkehrsadern Europas, ein sogenannter transeuropäischer Korridor. Waren, die an den belgischen und holländischen Häfen aus Übersee ankommen, werden am Rhein entlang in die Schweiz und nach Italien transportiert. An einem normalen Tag passieren 170 bis 200 Frachtzüge diese Strecke. Und für die schweren Container und Tanks gibt es kein Umsteigen in den Bus. Mögliche Umleitungsstrecken sind nicht genügend ausgebaut und können nur wenige kurze Züge aufnehmen. Frachtunternehmen sagen, dass sie derzeit nur 10% ihrer Züge auf der Strecke fahren lassen können.

Das bringt natürlich enorme finanzielle Verluste für alle Beteiligten. Die Transportunternehmen, die nichts transportieren können, die Kunden, die ihre Ware nicht bekommen, die Unternehmen, deren Produktionszyklen wegen fehlender Lieferungen gestört sind. Einige Logistikunternehmen, die auf Schienentransporte zwischen Italien und Deutschland spezialisiert sind, haben inzwischen Existenzsorgen. Denn ihre Kunden wandern ab und lassen ihre Waren in Zukunft lieber per LKW transportieren. Das ist flexibler und deswegen oft zuverlässiger als per Zug.

## **Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit durch Macron?**

Auf Einladung der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft (EPG) nahm ich mit drei deutschen Kollegen (CDU, SPD und Linke) an einer Abendveranstaltung in Straßburg teil. Es ging um die Frage, wie sich die von jeher für die EU wichtige deutsch-französische Zusammenarbeit zwischen den neuen Regierungen in Paris und Berlin entwickeln wird. Einigkeit bestand darüber, dass der freundschaftliche Start der Beziehungen zwischen Emmanuel Macron und Angela Merkel (der wohl auch künftigen Kanzlerin) nicht nur zu mehr Innovation und wirtschaftlichem Aufschwung beitragen kann, sondern auch zu einer Reform der Europäischen Union. Wie diese Erneuerung aber im Detail aussehen wird, darüber gingen die Meinungen sehr auseinander.

### *III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"*

#### **Bodenseetour: Blaufelchen, altes Getreide und Truthahnfolie**

Haben Sie schon mal frisch gebackenes Brot aus Emmer probiert? Ich hatte dazu erstmals Gelegenheit bei meiner Wahlkampftour Ende Juli am Bodensee, organisiert von der Kreisvorsitzenden Elke Bass. Wir besichtigten einen bäuerlichen Familienbetrieb an der Grenze zur Schweiz, der mit dem Anbau alter Getreidesorten wie Emmer und Dinkel und Backtagen mit Ab-Hof-Verkauf aktuelle Verbraucherwünsche bedient und sich gutem Zulauf erfreut. Bei der Feldrundfahrt berichtete der Hofeigentümer auch über die Probleme für die Landwirte im Grenzbereich der Schweiz, die sich unlauterem Wettbewerb ausgesetzt sehen, da die Schweizer Kollegen nicht an EU-Vorgaben gebunden sind oder - soweit es sie eigentlich auch betrifft - sich nicht daran halten. Ein Thema für Brüssel! Vorstellungen und Wünsche zur Zukunft der Landwirtschaft und des ländlichen Raums standen im Mittelpunkt von zwei Diskussionsveranstaltungen bei den Landfrauen. Ich gehöre selber dem Landfrauenverband seit meinem Abitur an, wohne direkt am Acker und achte immer darauf, dass bei der künftigen politischen Ausrichtung nicht nur Politik für die Ballungszentren gemacht wird, sondern auch Infrastrukturversorgung und Rahmenbedingungen für ländliche Regionen bedacht werden. Aus meiner Sicht bietet die Digitalisierung - vorausgesetzt, die Breitbandversorgung wird entscheidend vorangetrieben - sehr gute Möglichkeiten, Wohnen und Arbeiten in dörflicher Gemeinschaft zukunftssicher zu machen.

Natürlich ging es am Bodensee auch um Tourismus und Fischerei. Vertreter kleiner Beherbergungsbetriebe und Campingplätze klagten über die Einführung einer Tourismuscards "von oben herab", die Betreibern und Gästen das Leben schwer macht und sich eventuell mit EU-Regeln nicht verträgt. Und die Bodenseefischer - unter ihnen auch der Präsident der Schweizer Organisation - sorgen sich um die von der Landesregierung geplante Aquakultur im Bodensee mit Netzgehegen. Der Bestand an Blaufelchen, typischer und beliebter Bodenseefisch, ist in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen. Die Fischer sehen die Ursache dafür vor allem darin, dass der Bodensee - großes Trinkwasserreservoir - so stark "gereinigt" wurde, dass jetzt zu wenige Nährstoffe für die Fische enthalten sind. Schon geringe Phosphatzufuhr könnte für vermehrtes Wachstum von Plankton und Algen sorgen und damit ausreichend Nahrung für die Blaufelchen und den künftigen Bestand sicherstellen - für mich absolut einleuchtend. Netzgehege mit Fütterung "von außen" könnten die Wildfische verdrängen und das natürliche Gefüge des Sees beeinträchtigen. Aquakultur am Ufer des Sees wäre die wahrscheinlich bessere Lösung, dafür setzen sich auch die Bodenseefischer ein.

Und nun wollen Sie wissen, was es mit der Truthahnfolie auf sich hat? Nun, wir besuchten auf unserer Rundtour mit dem örtlichen Bundestagskandidaten Tassilo Richter nicht nur Bauernhöfe, Fischer und eine Spedition direkt an der Schweizer Grenze, sondern auch einen Familienbetrieb, der sich ganz innovativer Folienproduktion verschrieben hat. Dort gibt es nicht nur Klarsichtfolie, die garantiert gerade abschneidet und sicher in der Handhabung ist (alle haben es ausprobiert), sondern auch kompostierbares 1x-Geschirr aus Zuckerrohr. Und wenn der Herbst und damit der Thanksgiving-Day naht, werden Extraschichten eingelegt, um übergroße Bratschläuche für Truthähne/Puten herzustellen, die bei den Amerikanern reißenden Absatz finden. So kann ein Betrieb im beschaulichen Baden-Württemberg zum Gelingen von Familienfeiern in den USA beitragen!

## **Gewaltprävention für geflüchtete Frauen, Kinder und Migrantinnen**

Seit meiner Amtszeit als Sozialausschussvorsitzende im niedersächsischen Landtag schätze und begleite ich die Arbeit des Ethnomedizinischen Zentrums Hannover (EMZ). Dessen äußerst ideenreicher Geschäftsführer Ramazan Salman bietet dort und mittlerweile in vielen anderen deutschen Städten „Gesundheitsbildung von Migranten mit Migranten“, die sogenannten MiMi-Projekte, an, für die er mehrfach ausgezeichnet wurde. Auch dem Weltwirtschaftsforum in Davos gehört er mittlerweile als erfolgreicher Sozialunternehmer an.

Vor zwei Jahren wurde im EMZ das Konzept „Gewaltprävention geflüchteter Frauen, Kinder und Migrantinnen“ entwickelt, mehrere Mediatorinnen dafür ausgebildet und in der Folge Kurse und Beratungen deutschlandweit durchgeführt. Dieses von der Bundesregierung geförderte Projekt war im letzten Jahr Gegenstand eines Kongresses in Berlin, am 8. September folgte eine ausgebuchte Konferenz in Hamburg. Beide Tagungen habe ich als Vertreterin des Europaparlaments mit einem Grußwort begleitet und durch die Reden und Gesprächsrunden viele neue Impulse für meine Arbeit mitnehmen können. Besonders gut finde ich, dass neben der Arbeit mir betroffenen Frauen jetzt auch Männer unterschiedlicher kultureller Herkunft in speziellen Maßnahmen sensibilisiert werden, Frauenrechte zu respektieren und sich dem engagierten Einsatz gegen Gewalt gegen Frauen anzuschließen.

## IV. Terminvorschau

17.9.	Berlin	Bundesparteitag der FDP
19.9.	Klein Wanzleben	Klein Wanzlebener Saatzucht, Bioethanol und Futtermittel
19.9.	Hannover	Gespräch mit dem Landesapothekerverband
21./22.9.	Tallin	Kongress zur Finanzierung der EU-Verkehrsinfrastruktur
23.9.	Wennigsen	Wahlkampfstand
25.-28.9.	Brüssel	Ausschüsse, Besuchergruppe, externe Fraktionssitzung
25.9.	Brüssel	Gastgeberin einer Konferenz des Europäischen Logistik-Forums (ELP)
30.9.	Hannover	FDP-Landesfachausschuss Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
2.-4.10.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Besuch des Jugendparlaments Wennigsen
5./6. 10.	Malta	Rede auf der Internationalen Meereskonferenz "Our Ocean"

Absprachen für Termine in Deutschland und Interesse an Besucherreisen bitte über Kirsten Zander in meinem Wahlkreisbüro.

Kontakt: [info@gesine-meissner.de](mailto:info@gesine-meissner.de); Tel.: 05103-706637



15. September 2017